



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Klais

Telefon: (0221) 221-29366

Fax: (0221)

E-Mail: bruno.klais@stadt-koeln.de

Datum: 03.05.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 16.04.2018, 15:10 Uhr bis 18:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP

Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Herr Reinhold Goss	Stadtschulpflegschaft
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST
Frau Ebru Coban	auf Vorschlag des Integrationsrat
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Manuela Laukat	Stadtschulpflegschaft

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

- die bereits zur Sitzung am 05.03.2018 umgedruckten Anfragen AN/0305/2018 und AN/0254/2018 nebst den dazugehörigen Beantwortungen (DS Nr. 0799/2018 sowie DS Nr. 1139/2018).
- die Mitteilungen unter TOP 5.3 und 5.4
- Zu TOP 2.1 um den mündlich formulierten Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Grünen, Linke und FDP
- Zu TOP 2.2 um den als Tischvorlage vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Grünen und FDP

Das Dezernat für Bildung, Jugend und Sport verteilte zu Beginn der Sitzung eine Pressemitteilung zum Anmeldeverfahren für Gymnasien, Haupt- und Realschulen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau 1031/2018

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Gesamtschule am Standort Schmiedegasse realisieren
AN/0360/2018
- 2.2 Reinigung in Schulen verbessern – Schultoiletten zwei Mal täglich reinigen
AN/0445/2018

Änderungsantrag zu TOP 2.2 – Reinigung in Schulen verbessern - Schultoiletten zwei Mal täglich reinigen
AN/0577/2018

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Frühere Anfragen
- 3.1.1 Digitale Bildung braucht Bandbreite und WLAN - Sachstand 2018
AN/0305/2018

AN/0305/2018 Anfrage der Ratsgruppe BUNT; Digitale Bildung braucht Bandbreite
0799/2018

- 3.1.2 Ganztagsangebot
AN/0254/2018

Ganztagsangebot, AN/0254/2018
1139/2018

3.2 Neue Anfragen

- 3.2.1 Geschützte dienstliche E-Mail-Adressen für Lehrkräfte in Köln – Sachstand 2018
AN/0456/2018

4 Vorlagen der Verwaltung

- 4.1 Schulneubau der Realschule Kolkrabenweg 65, 50829 Köln-Vogelsang; Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4012-0301-4-3010
0475/2018

- 4.2 Offene Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2018/2019
3611/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0580/2018

5 Mitteilungen

- 5.1 Hauptschulbildungsgang gem. § 132c Schulgesetz NRW - Entscheidung der Schulkonferenz der Johannes-Gutenberg-Schule, Realschule Kuckucksweg, 50997 Köln-Godorf
0698/2018

- 5.2 ZMI - Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: Veröffentlichung des ZMI Magazins 2017 und Kölner Sprachfest 2018
0948/2018

- 5.3 Kölner Bundestagsabgeordnete im Dialog
1112/2018

- 5.4 Aufstellung von Schulcontainern auf dem Grundstück der KGS Andreas-Hermes-Straße in Neubrück
Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 08.03.2018
1167/2018

6 Anfragen

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

Zu Beginn der Sitzung verpflichtet Herr Dr. Schlieben Herrn Lutz Tempel als Stellvertreter für Herrn Goss für die Stadtschulpflegschaft

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau 1031/2018

Vor Erörterung dieses Berichtes erläutert Frau Dr. Klein ausführlich die von der Verwaltung heute veröffentlichte und im Ausschuss verteilte Pressemitteilung zum vorläufigen Ergebnis des Anmeldeverfahrens an den weiterführenden Schulen.

Der heutige Tag sei für die Herausgabe der Pressemitteilung gewählt worden, weil zu diesem Zeitpunkt die Bescheide an die Eltern durch die Schulen versandt werden. Die Anmeldesituation an den Gesamtschulen ist ausgeklammert worden, weil dazu bereits ausführlich berichtet wurde. Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass trotz des erheblichen Ausbaus der Kapazitäten um 270 Schülerplätze durch den Start der 2 neuen städtischen Gesamtschulen insgesamt 960 Schülerinnen und Schüler nicht aufgenommen werden können. Die erhöhte Nachfrage nach einem Gesamtschulplatz ist nicht nur auf die demographische Entwicklung sondern auch auf das prozentual gestiegene Wahlverhalten zugunsten eines Gesamtschulplatzes zurückzuführen. Bei den Realschulen habe sich eine Zahl von Anmeldungen auf dem Vorjahresniveau ergeben. Bei den Hauptschulen hat es bislang erst 382 Anmeldungen gegeben. Die Verwaltung geht jedoch fest davon aus, dass sich diese Zahl noch erhöhen wird.

Bei den Gymnasien sind es insgesamt 4302 Anmeldungen gewesen, davon 3.849 zur Aufnahme an ein städtisches Gymnasium. Frau Dr. Klein dankt ausdrücklich allen an den Verteilverfahren Beteiligten und der Bezirksregierung für die intensive Abstimmung. Man habe bereits im Sommer 2017 mit den Abstimmungen begonnen. Insgesamt fanden zwei Konferenzen mit den Leitungen der Kölner Gymnasien unter Koordination von Bezirksregierung und Schulträger statt.

Die Dezernentin weist darauf hin, dass im Schuljahr 2018/19 14 Mehrklassen an städtischen Gymnasien gebildet werden - dies entspreche vom Umfang her 3 Gymnasien. In 174 Fällen konnte weder der Erst- noch der Zweitwunsch erfüllt werden. Dazu hat die Bezirksregierung intensive individuelle Prüfungen für ein Alternativangebot nach definierten Parametern gegeben. Dies mit dem Ziel, den Eltern ein gutes, möglichst wohnortnahes Angebot machen zu können. Entsprechend individuell erarbeitete Vorschläge sind jetzt versandt worden; diese Angebote werden bis zum 4. Mai freigehalten.

Frau Dr. Klein schließt nicht aus, dass es noch Nachfragen oder Beschwerden seitens der Betroffenen geben wird und schließt ihre Ausführungen mit dem Hinweis, es sei mit allen Beteiligten eine sehr gute Kooperation in schwierigen Zeiten gewesen.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP) bittet um Auskunft, ob erneut wie im vergangenen Jahr viele Kinder, deren Erst- und Zweitwunsch nicht erfüllt werden konnte,

aus dem Stadtbezirk Lindenthal kommen. Frau Dr. Klein entgegnet, dass im diesjährigen Anmeldeverfahren der Schwerpunkt eher in den Bezirken Nippes und Ehrenfeld gelegen habe.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wünscht die Vorlage von Vergleichszahlen des Vorjahres. Seiner Erinnerung nach habe es damals 4500 Anmeldungen an den Gymnasien gegeben. Bei den Realschulen fehle das Verhältnis von Erst- zu Zweitwunsch. Zudem kritisiert er die Aussage in der Pressemitteilung, dass stadtweit noch 3 Gymnasien fehlen würden, während die Zahl der fehlenden Gesamtschulen nicht enthalten sei.

Frau Dr. Klein verweist zu dieser Äußerung auf die bereits herausgegebene gesonderte Pressemitteilung zu den Gesamtschulen. Zu den konkret nachgefragten Anmeldezahlen teilt sie mit, dass es im letzten Jahr 3651 Anmeldungen an städtischen Gymnasien gab, wovon bei 159 Fällen weder der Erst- noch Zweitwunsch erfüllt werden konnte. In diesem Jahr waren es zwar 174 Fälle, in denen nicht entsprochen werden konnte. Zu berücksichtigen sei an dieser Stelle aber, dass sich die Anmeldezahl zur Aufnahme an ein städtisches Gymnasium gegenüber dem Vorjahr um rd. 200 erhöht hat. Herr Philippi, SPD-Fraktion, bezieht sich auf die 174 Fälle, welches unter 5 % der Gesamtanmeldungen an städtischen Gymnasien entspräche. Er zieht daraus den Schluss, dass der Schulbau bei den weiterführenden Schulen, nicht nur bei den Gymnasien sondern insbesondere bei den Gesamtschulen deutlich gesteigert werden müsste.

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, fragt, ob bei den genannten Verteilkriterien auch eine Nachfrage nach dem jeweils in der Schule angebotenen Ganztage erhoben wurde. Dazu entgegnet Frau Dr. Klein, dass die Entscheidung über die Aufnahme bei den Schulleitungen liegt. Die Aufnahmekriterien sind in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung verbindlich vorgegeben. Das Kriterium Ganztage wird hiervon nicht umfasst. Zu der Bitte um Auskunft von Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, zu erfahren, wo die abgelehnten Schülerinnen und Schüler mit dem Wunsch Gesamtschule untergebracht worden seien, antwortet die Verwaltung, dass sie nicht über diese Daten verfügt.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, kommt zurück auf die zunehmenden Anmeldezahlen bei den Gymnasien und Gesamtschulen. In diesem Zusammenhang fragt er nach der Entwicklung bei den Realschulen und weiter, ob das Vorziehen des Anmeldeverfahrens für die Gesamtschulen zu statistischen Verzerrungen führen könnte.

Frau Dr. Klein führt dazu aus, dass die Durchführung eines vorgezogenen Anmeldeverfahrens nicht zuletzt durch die Bezirksregierung als erforderlich angesehen wird. ... Hinsichtlich der Realschulen gab es aktuell 1746 Anmeldungen und ein Jahr zuvor 1701 - womit es sich um eine relativ stabile Zahl handelt. Bezüglich der Hauptschulen ist festzustellen, dass die Zahlen ebenfalls dem Vorjahresniveau entsprechen, aber noch weitere Anmeldungen erwartet werden.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), bittet um eine komplette Darstellung inklusive der Zahlen zu den Gesamtschulen. Frau Dr. Klein kündigt eine Gesamtübersicht für die ASW-Sitzung am 11.06.2018 an. Frau Ruffen sieht Bedarf an Schulplätzen an allen Schulformen und darüber hinaus die Notwendigkeit, auch die nicht so sehr nachgefragten Schulformen zu erhalten, da diese nach der 6. Klasse weiter gebraucht werden.

Frau Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, bittet in der Diskussion hinsichtlich des Sprachgebrauches bei dem Ausdruck „Schulbauten“ zu bleiben, da genau hierin das Problem liege.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, sieht die Prioritäten dabei bei der Gesamtschule. Wenn es das Verfahren der vorgezogenen Anmeldephase für diese Schulform nicht gäbe, müsste seines Erachtens die Verwaltung für jede Anmeldung einen Platz bereitstellen. Frau Dr. Klein stellt dazu klar, dass es anders als bei den anderen weiterführenden Schulformen bei der Gesamtschule keinen Rechtsanspruch auf einen Platz gibt.

Frau Riedel, CDU-Fraktion, bittet um eine Übergangsstatistik beim Wechsel von der Sek I zur Sek II unter Berücksichtigung der Berufskollegs.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, bittet die Frage an die Bezirksregierung weiterzugeben, ob diese mitteilen kann, welche Schulformempfehlungen die abgelehnten Kinder hatten. Herr Dr. Schlieben bittet die Verwaltung, diese Frage so an die Bezirksregierung zu leiten.

Herr Goss bittet, dass die angekündigte Übersicht über die Anmeldungen mit einer auf die Stadtbezirke bezogenen Aufteilung dargestellt wird.

Zur regelmäßigen Berichterstattung:

Herr Philippi berichtet zur Elsa-Brändström-Realschule, dass die SPD zunächst die komplette Beantwortung des Prüfauftrages abwarten möchte. Seine Fraktion ist erfreut über die Stellungnahme der Clubs zur Sportschule in deren Offenem Brief. An die FDP-Fraktion gerichtet bittet er diese, mit der Ministerin nochmals im Sinne einer 3-Zügigkeit am Standort Berrenrather Straße zu sprechen.

Frau Ruffen entgegnet, dass die 4 Zügigkeit von Gesamtschulen im Schulgesetz verankert sei, um die pädagogische Konzeption umsetzen zu können. Es gäbe genug Ideen, ohne Ausnahme des Ministeriums eine Gesamtschule realisieren zu können. Hier sei nun die Politik gefordert.

Herr Pannes äußert zu den seit 2016 dem Ausschuss vorgelegten Berichten die Bitte, auch die bislang nicht erwähnten, aber in der Schulentwicklungsplanung von 2016 aufgeführten Maßnahmen in den Bericht aufzunehmen, so z.B. zu den Schulen bzw. den Standorte Im Hasental, Heimersdorf, Volkhovener Weg, Kopernikusschule, BK Butzweilerhof, Falkensteinstraße, Walter-Pauli-Ring, die auch zu berücksichtigen wären.

Herr Dr. Schlieben greift dies auf und erinnert an den Auftrag aus der letzten Ratssitzung an die Verwaltung, eine Priorisierung aller Schulbaumaßnahmen vorzulegen. Darin sollten auch die Antworten zu seinen Fragen und die der anderen aufgenommen werden.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, fragt beziehend auf Anlage 3, woraus sich die Notwendigkeit ergeben habe, das Kostenberechnungsverfahren zu ändern. Herr Rosenberger, Gebäudewirtschaft, erklärt dazu, dass die Verwaltung zurzeit eine Beschlussvorlage zu dem Grundschulgebäude am Standort des ehemaligen Nippesbades vorbereitet; darin wird auch diese Frage beantwortet. Es ist vorgesehen, die Beschlussvorlage zur nächsten Sitzung des Ausschusses vorzulegen.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, bezieht sich auf Anlage 2, in der mitgeteilt werde, dass das Containerpaket bei der Gebäudewirtschaft personalisiert sei. Sie möchte wissen, wann die Container tatsächlich aufgestellt werden. Herr Gräbener antwortet, dass es dazu noch keinen definitiven Zeitplan gibt. Er weist jedoch auf die Erläuterung in der Beschlussvorlage hin, wonach die Container zwar nicht unbedingt zum Schuljahresbeginn aber ab Herbst 2018 bereitgestellt werden.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist bezüglich der Anlage 7 auf die mögliche Nutzung des Schulstandortes Lotharstraße hin; dort würden nach der Zwi-

schennutzung durch die beiden Gymnasien 26 Räume frei. Er ist der Auffassung, dass die Gesamtschule an der Berrenrather Straße funktionieren könnte, wenn man diese Räume als Zweitstandort der Gesamtschule dieser zuschlagen würde.

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, sieht es für ihre Fraktion nicht als zwingend an, schon vom Start der Gesamtschule an mit 4 Zügen zu beginnen. Wie auch ihre Vorredner fordert sie dazu auf, alle Seiten müssten hier kreativ sein.

Herr Thelen sieht keine Chance, die 3-Zügigkeit über eine Gesetzesänderung zu erreichen. Er nimmt Bezug auf den Beschluss in der letzten Sitzung des Ausschusses, eine Gesamtschule an 2 Standorten zu realisieren.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), zeigt sich erstaunt darüber, dass hier die Auffassung vertreten werde, integrierte Systeme könnten nur mit 4 Zügen funktionieren. Dies trifft nicht zu; private Schulen können schulgesetzeskonform ab 2 Zügen geführt werden. Zur Kreativität gehöre für sie bezüglich der Elsa-Brändström-Realschule, Möglichkeiten zu entwickeln, dort eine Gesamtschullösung zu realisieren.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, appelliert an die Verwaltung, zunächst alle Beschlüsse gründlich zu prüfen und dem Ausschuss darüber zu berichten.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Gesamtschule am Standort Schmiedegasse realisieren AN/0360/2018

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die Abstimmung zu Beginn der Ausschusssitzung und trägt einen interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Grüne, Linke und FDP zum Antrag der Fraktionen SPD, Linke, Ratsgruppe Bunt vor:

“Der Ausschuss fordert die Verwaltung auf, für die Entwicklung der weiterführenden Schulen im nordwestlichen Bereich von Köln zeitnah ein Konzept unter Einbeziehung der Schmiedegasse als Gesamtschulstandort vorzulegen“.

Zur Begründung führt er aus, es sei nicht zielführend, nur stadtbezirksorientiert zu denken. Stattdessen solle mit überlegt werden, welche Schulformen noch im Nordwesten gebraucht werden. Klar ist, dass das Grundstück Schmiedegasse für den Schulbau gesichert werden muss.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, ergänzt, dass mit diesem Antrag die diskutierte bezirksbezogene Elternbefragung vom Tisch ist. Sinnvoll sei es, das Grundstück in ein Konzept für das nordwestliche Köln einzubeziehen. Weiter führt er aus, dass die Entwicklung des Standortes Schmiedegasse für eine Gesamtschule mit Nachdruck vorangetrieben werden müsse und formuliert einen entsprechenden mündlichen Änderungsantrag.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), spricht sich aufgrund der Größe des Grundstücks ebenfalls dafür aus, an diesem Standort eine Gesamtschule zu entwickeln.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, stellt heraus, dass seine Fraktion klar positioniert sei. Man wolle dort eine Gesamtschule haben und zwar ohne weitere Verzögerung. Deswegen sei die Entwicklung dieses Standorts unabhängig von einem Konzept zu realisieren.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion betont, dass auf jeden Fall in Nippes eine weiterfüh-

rende Schule gebraucht werde und die Planung dafür kurzfristig begonnen werden muss. Für das nordwestliche Stadtgebiet muss weiterhin geprüft werden, wo zusätzliche weiterführende Schulen benötigt werden.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion betont, im Stadtbezirk Nippes bestehe Übereinstimmung dahingehend, dass eine Gesamtschule erforderlich wäre. An die Verwaltung richtet er die Frage, wann dieser Standort realisiert werden soll. Frau Dr. Klein betont, dass die Verwaltung in den letzten Jahren unter Berücksichtigung der neuen Gesamtschule Wasseramselweg mit 6 Zügen und der Gesamtschule Helios mit 4 Zügen insgesamt 5 neue Gesamtschulen realisiert habe. Zum Grundstück Schmiedegasse versteht sie die Intention der Diskussion so, dass dort eine Gesamtschule errichtet werden soll. So sei dies auch in der Schulentwicklungsplanung vorgeschlagen. Sie weist allerdings darauf hin, dass ein Bebauungsplan aufgestellt werden muss und Grundstückstausche mit Privaten notwendig sind. In den verwaltungsinternen Projektkonferenzen wird derzeit intensiv daran gearbeitet, dass Verfahren zu forcieren. Bezugnehmend auf ein Konzept für den Nordwesten teilt sie mit, dass die Verwaltung im Sommer eine Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung vorlegen werde; darin wird auch zu diesen heute diskutierten Fragen Stellung genommen.

Verschiedene weitere Redebeiträge bringen zum Ausdruck, dass die Fraktionen eine Gesamtschule an der Schmiedegasse befürworten.

Zur Festlegung einer gemeinsamen Position unterbricht Herr Dr. Schlieben die Sitzung für 2 Minuten. Nach der Sitzungsunterbrechung trägt Herr Thelen den zwischen den Fraktionen von SPD, CDU, Grüne, Linke und FDP gefundenen Kompromiss vor, den Herr Dr. Schlieben dann so als Ersetzungsantrag zum ursprünglichen Antrag zur Abstimmung stellt.

Beschluss:

1. Der Ausschuss fordert die Verwaltung auf, für die Entwicklung der weiterführenden Schulen im nordwestlichen Bereich von Köln zeitnah ein Konzept vorzulegen.
2. Weiter wird die Verwaltung aufgefordert, an der Schmiedegasse als Gesamtschulstandort festzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt.

2.2 Reinigung in Schulen verbessern – Schultoiletten zwei Mal täglich reinigen AN/0445/2018

Änderungsantrag zu TOP 2.2 – Reinigung in Schulen verbessern - Schultoiletten zwei Mal täglich reinigen AN/0577/2018

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bemerkt zu dem als Tischvorlage eingegangenen Änderungsantrag, dass dieser genau das beinhaltet, was die SPD-Fraktion initiieren wollte. Insofern kann seine Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen.

Beschluss:

Hauptvorschlag

1. Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, das Reinigungsintervall für die Sanitärbereiche an den Kölner Schulen von einmal auf zweimal täglich zu erhöhen.

Alternative

2. Ersatzweise beauftragt der Ausschuss Schule und Weiterbildung die Verwaltung das Reinigungsintervall für die Sanitärbereiche zunächst in den Schulen zu verdoppeln, in denen sich die Nutzungszeiten und die Nutzungsintensität – z.B. auf Grund von Ganztags, zusätzlichen Zügen oder Seiteneinsteigerklassen – erhöht haben.

Wird ersetzt durch den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP:

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, das Reinigungsintervall für die Sanitärbereiche in den Grund- und Förderschulen mit offenem Ganztags und den weiterführenden Schulen mit Langtagen, an allen Langtagen von einmal auf zweimal täglich zu erhöhen.

Soweit hier Toilettenpersonal bereits von den Eltern finanziert wird, kann die zweite Reinigung auch von diesem übernommen und von der Stadt entsprechend finanziert werden. Die Erhöhung des Reinigungsintervalls oder eine adäquate finanzielle Förderung setzt das grundsätzliche Vorliegen eines Toilettenkonzeptes voraus.

Das Gleiche gilt für Toiletten an Schulen, wo die Verwaltung eine zweite Reinigung aufgrund von Mehrnutzung von mindestens 20% (seit Sommer 2015 durch gestiegene Schülerzahlen/ Mehrklassen oder Zügigkeitserhöhung) für erforderlich hält.

Grundsätzlich muss die zweite Reinigung zeitlich im bedarfsgerechten Abstand zur ersten Tagesreinigung eingeplant werden.

Die Fachverwaltung soll nach einem Jahr dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung über den Erfolg und Ergebnisse der Maßnahme berichten, um gegebenenfalls über weitere Anpassungen bzw. Ausdehnungen zu beraten.

Weiterhin wird die Fachverwaltung gebeten, bereits bestehende Konzepte im Schulausschuss vorzustellen, die sich als effizient herausgestellt haben.

Die Kosten für die Erhöhung des Reinigungsintervalls an den betreffenden Schulen sind von der Fachverwaltung in die Planung für die Haushaltsjahre 2019 fortfolgende aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

**3.1.1 Digitale Bildung braucht Bandbreite und WLAN - Sachstand 2018
AN/0305/2018**

**AN/0305/2018 Anfrage der Ratsgruppe BUNT; Digitale Bildung braucht Bandbreite
0799/2018**

Die Beantwortung dieser Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.2 Ganztagsangebot
AN/0254/2018**

**Ganztagsangebot, AN/0254/2018
1139/2018**

Die Beantwortung dieser Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Neue Anfragen

**3.2.1 Geschützte dienstliche E-Mail-Adressen für Lehrkräfte in Köln – Sachstand 2018
AN/0456/2018**

Eine Beantwortung liegt noch nicht vor.

4 Vorlagen der Verwaltung

**4.1 Schulneubau der Realschule Kolkrabenweg 65, 50829 Köln-Vogelsang; Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4012-0301-4-3010
0475/2018**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt im Haushaltsjahr 2018 eine Mittelfreigabe in Höhe von 680.000 Euro im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4012-0301-4-3010 für die Einrichtung des Neubaus und der Turnhalle der Realschule Kolkrabenweg 65, 50829 Köln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt.

4.2 Offene Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2018/2019 3611/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/0580/2018

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion, der sich auf die jährlich vorzulegende Berichterstattung bezieht. Hintergrund sei, dass in den eher benachteiligten Stadtteilen geringere Versorgungsquoten festzustellen seien. Deswegen sollen weitere drei Fragestellungen in die Bedarfsanalyse aufgenommen werden. Zudem solle die Verwaltung ein Konzept entwickeln, wie in solchen benachteiligten Stadtteilen die Nachfrage gestärkt und weitere Angebote unterstützt werden können.

Herr Philippi, SPD-Fraktion möchte von der Verwaltung erfahren, welcher zusätzliche Aufwand mit diesen drei Punkten verbunden wäre.

Frau Dr. Klein antwortet, dass die Verwaltung unter sozial- und bildungspolitischen Aspekten die vorgestellte Absicht unterstütze. Sie weist darauf hin, dass die Stadt Köln schon seit mindestens 12 Jahren eine Beitragsfreiheit für Köln Pass-Inhaber gewährleistet und Schulen ein Zusatzbudget bekommen, die mit schwierigen Randbedingungen zurechtkommen müssen. Die jetzt zusätzlich eingebrachten Fragen zu beantworten, sei mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden. Zudem stelle sich aus ihrer Sicht die Frage, was ein solches Konzept zusätzlich an Nutzen bringen könnte.

In der Tat sei es so, dass der weitere Ausbau der OGS-Plätze durch die bauliche Situation an den Schulen limitiert wird und dies insbesondere durch die teilweise kaum veränderbare Mensa- und Küchensituation. In einem solchen Falle würde auch das beschriebene Konzept nicht weiterhelfen.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, würdigt den mit der Verwaltungsvorlage verbundenen Zuwachs an OGS-Plätzen. Sie plädiert dafür, eher im Einzelfall nachzujustieren, statt auf eine weitere Konzeptentwicklung zu setzen.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), unterstützt die Intention des Änderungsantrages ebenfalls. Sie sieht hier eine Übereinstimmung aller Ausschussmitglieder. Dem Antrag möchte sie für ihre Fraktion wegen des damit verbundenen Zusatzaufwandes jedoch nicht zustimmen.

Frau Gorklo-Blameuser bemerkt zu der von Herrn Kockerbeck kritisierten unterproportional niedrigen Quote, dass es in der Tat anfänglich in einigen Stadtteilen eine niedrige Nachfrage gab; z.B. waren dies in Chorweiler nur 32 %. Die Sozialraumkoordination hat dort sehr für die OGS geworben und das Angebot unterstützt. Der Bedarf ist mittlerweile so gestiegen, auch in Stadtteilen mit besonderem Jugendhilfebedarf, dass er derzeit nicht vollständig gedeckt werden kann. Dafür bedürfe es stark zunehmender Bautätigkeit an Schulen.

Herr Dr. Schlieben lässt zunächst über den Änderungsantrag abstimmen und anschließend über die Vorlage der Verwaltung.

Beschluss:

Punkt 6 des Beschlusses wird ergänzt:

In die Bedarfsanalyse sollen einfließen und aufgeschlüsselt genannt werden die Zahl der OGS-Platz-Wünsche, die in den vergangenen Jahren abgelehnt wurden, weil

- a) mindestens ein Elternteil nicht erwerbstätig ist (hier bitte die Zahl der Transferleistungsempfänger und die Alleinerziehenden gesondert ausweisen).
- b) die Raumkapazitäten an der Schule ohne Erweiterungsbau bzw. Container eine bedarfsgerechte Aufstockung der Platzzahlen nicht zulassen.
- c) die Essensversorgung bei einem bedarfsgerechten Ausbau durch zu kleine oder fehlende Küchen oder Mensen nicht gewährleistet wäre.

Auf Grundlage der Erfassung aller abgelehnten Kinder sollen die tatsächlichen Bedarfe ermittelt und ein mit Kosten hinterlegter Vorschlag zur Deckung der tatsächlichen Bedarfe gemacht werden. Die Schaffung zusätzlich benötigter Räume und Mensen soll Teil dieses Vorschlags sein.

Darüber hinaus soll ein Konzept entwickelt werden, auf dessen Grundlage

- a) die Nachfrage nach OGS-Plätzen in den Stadtteilen mit besonderem Jugendhilfebedarf gesteigert werden
- b) und mindestens an das Niveau der wohlhabenderen Stadtteile herangeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP Fraktion gegen die Fraktion Die Linke

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den ermittelten Bedarf von 30.500 OGS-Plätzen ab dem Schuljahr 2018/2019 zur Kenntnis.
2. Er beauftragt die Verwaltung, bis zum Schuljahr 2021/2022 einen weiteren Ausbau der OGS-Platzzahlen bis zu einer Gesamtzahl von 33.000 OGS-Plätzen entsprechend der jeweiligen Bedarfslage und vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse vorzunehmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die mit dem Ausbau der OGS-Plätze verbundenen notwendigen zusätzlichen Stellen als Mehrstellen in der Verwaltungsvorlage zum Stellenplan 2019 mit aufzunehmen. Dies sind im Einzelnen 1,5 Stellen der Entgeltgruppe 5 TVöD-V in den Schulsekretariaten sowie in der Jugendverwaltung zusätzliche 2,65 Stellen der Besoldungsgruppe A 7 LBesG NRW (bzw. Entgeltgruppe 7 TVöD-V) zur Festsetzung der Elternbeiträge sowie 0,5 Stelle in der Besoldungsgruppe A 10 LBesG NRW als Teamleitung. Die Stellen werden sukzessive entsprechend der Einrichtung der OGS-Plätze durch die Verwaltung zur Besetzung frei gegeben.

Die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der Stellen werden im Rahmen der Hpl.-Aufstellung 2019ff. entsprechend der Inanspruchnahme der OGS-Plätze im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben und Teilplan 0603 – Kindertagesbetreuung berücksichtigt und durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel finanziert.

4. Die erforderlichen Mittel für die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger werden im Rahmen der Hpl.-Aufstellung 2019ff. entsprechend der Inanspruchnahme der OGS-Plätze im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen berücksichtigt.

In Fortführung des Ratsbeschlusses vom 18.05.2017 wird die seit dem 01.08.2016 bestehende schuljährliche dreiprozentige Dynamisierung der Landesförderung sowie der in gleicher Weise sukzessiv steigende Pflichtanteil der Kommune dauerhaft als tatsächliche Erhöhung der Betriebsmittel zur Qualitätssicherung an die Träger ausbezahlt und durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel finanziert. Es erfolgt keine entsprechende Reduzierung des freiwilligen städtischen Anteils an den Fördersätzen.

5. Die Finanzierung der Kosten für ergänzende Einrichtungsgegenstände sowie Beschäftigungsmaterialien wird über veranschlagte Mittel aus dem Teilfinanzplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Zeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen realisiert.

6. Der Rat beauftragt die Verwaltung, jährlich eine Bedarfsanalyse durchzuführen und den Fachausschüssen das Ergebnis bekanntzugeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Hauptschulbildungsgang gem. § 132c Schulgesetz NRW - Entscheidung der Schulkonferenz der Johannes-Gutenberg-Schule, Realschule Kuckucksweg, 50997 Köln-Godorf 0698/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 ZMI - Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: Veröffentlichung des ZMI Magazins 2017 und Kölner Sprachfest 2018 0948/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Kölner Bundestagsabgeordnete im Dialog 1112/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.4 Aufstellung von Schulcontainern auf dem Grundstück der KGS Andreas-Hermes-Straße in Neubrück
Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 08.03.2018
1167/2018**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bittet die Verwaltung, diese Mitteilung zur Diskussion auch der Bezirksvertretung Kalk zur Verfügung zu stellen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, fragt zu den Projektdarstellungen im Internetauftritt der Gebäudewirtschaft bezüglich der Henry-Ford-Realschule nach. Dort ist aufgeführt, dass der Erweiterungsbau der Mensa 2019 fertiggestellt werden soll; sie bittet bis zur nächsten Ausschusssitzung um Angabe, ob dieses Datum noch zutreffend ist und über das Ergebnis auch die Schule selbst zu informieren. Frau Heuer bemerkt dazu, dass die von der Gebäudewirtschaft in SAP bereitgestellten Daten nicht immer alle gleichzeitig auf dem aktuellsten Stand sind.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP) verweist auf eine am Donnerstag stattfindende Podiumsdiskussion in der Grundschule Hauptstraße in Porz und bittet um Auskunft, was dort baulich geplant sei.

Zum Apostelgymnasium hat sie über das Ministerium erfahren, dass Fachräume nachgerüstet werden sollen und möchte erfahren, ob es zutreffend ist, dass der Stadt angeblich die Pläne für diese Fachräume im G-Trakt fehlen würden. Herr Gräbener erklärt zum Gebäude Hauptstraße, dass das derzeitige Gebäude abgängig und nicht mehr sanierungswürdig ist. Deswegen sollen Container beschafft werden, um die Schule teilweise auszulagern und damit einen Neubau zu ermöglichen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird das Gebäude betriebsfähig gehalten. Die weiteren Fragen werden an die Gebäudewirtschaft weitergeleitet.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin (FDP), erinnert an ihre Bitte, die Unterlagen für die Ausschusssitzungen elektronisch für ihr iPad zu erhalten. Die bisherigen Nachfragen hätten bisher leider zu keinem Ergebnis geführt. Die Verwaltung greift das auf.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt zur Europaschule nach, ob mit der Schulhofgestaltung bereits begonnen wurde. Nach Auskunft von Herrn Gräbener stimmt sich die Verwaltung zurzeit mit der Schule ab; danach sind Beschaffungen erforderlich.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, bittet um Auskunft, ob die Stadt zum Unterhalt ihrer Berufsschulen verpflichtet ist. Frau Dr. Klein sagt dazu eine Stellungnahme aus juristischer Sicht zu.

7 Verschiedenes

Köln, den

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Klais

Schriftführer